

no-250C-R

ZEUGENSCHRIFTUM

Name:  BAERWALD, Dr. Friedrich	ZS Nr.  3053	Bd  I	Vermerk:
--------------------------------------	--------------------	-------------	----------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Professor  
DR. FRIEDRICH BAERWALD

25-7053-02  
29. März 1976  
44 MÜNSTER  
DEFRANZISCHANZE 6 Pferdoggasse 3

KOPIE  
angefertigt

An die  
Zeitschrift für Zeitgeschichte  
Leonrodstraße 46 b

8 München 19

z.Hd. von Herrn Helmut Auerbach

Eingegangen			
30.03.76 00743			

Sehr geehrter Herr Auerbach,

in der Anlage übersende ich Ihnen meinen Beitrag über  
POLITISCHE TÄTIGKEIT DEUTSCHER EMIGRANTEN  
1944-45 IM COUNCIL FOR A DEMOCRATIC GERMANY.

In seinen Anhängen befinden sich vier unveröffentlichte Briefe und Entwürfe von Paul Tillich. Die im Anhang I enthaltenen zwei Briefe sind handschriftlich geschrieben und an mich persönlich gerichtet. Es war daher notwendig, meine Person und Tätigkeit im Council und auch außerhalb kurz zu erklären. Ferner fand ich es erforderlich, die Irrtümer richtig zu stellen, die in kürzlicheren Interpretationen des Councils anzutreffen sind. Auch der Aufsatz von Paetel in Ihrer Zeitschrift Band IX bedurfte mancher Ergänzungen.

Ich möchte betonen, daß ich vom 12. Mai bis 2. Juni 1976 mich in Frankreich aufhalten werde, im Oktober und November in den USA.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

*F. Baerwald*

ell. Eing.  
6.4.76 Verhöf  
St.

25-3055-03

FRIEDRICH BAERWALD

POLITISCHE TÄTIGKEIT DEUTSCHER EMIGRANTEN NEW YORK 1944-45  
IM COUNCIL FOR A DEMOCRATIC GERMANY

Über den im Titel genannten Council hat K.O. Paetel 1956 in dieser Zeitschrift berichtet<sup>1</sup>. Dieser Verfasser war jedoch kein Mitglied des Councils, obwohl er gelegentlich für ihn tätig war. Im Mai 1944 trat nach langen Vorbesprechungen der Council an die Öffentlichkeit. Seine erste Erklärung wurde von zwei verschiedenen Gruppen getrennt unterschrieben: von Mitgliedern, zu denen ich zählte, und von vielen anderen, die, ohne Mitglieder zu sein, die Ziele des Councils in dieser Weise unterstützen wollten. In letzterer Gruppe befand sich Paetel, auch Bert Brecht, Ernst Bloch und viele andere.

Paetels Bericht ist der eines Außenseiters und stark beeinflusst von seiner Sympathie für die erfolglosen Attentäter des 20. Juli 1944. Sonst ist über den Council selbst bis vor kurzem wenig erschienen.

Im Vorwort zum Ergänzungsband III der Gesammelten Werke von Paul Tillich<sup>2</sup> schreibt Karin Schäfer-Kretzler:

"Eine halbwegs handlungsfähige, geschweige denn einheitliche Institution wurde der Council nicht. Von amerikanischen Stellen nicht ernst genommen, zerbrach der Council nach der Krim-Konferenz".

Dies ist objektiv falsch. Der Council "zerbrach" nicht nach

1 Band IV, 1956, S. 286 ff.

2 Paul Tillich: Ergänzungs- und Nachlaßbände zu den Gesammelten Werken von Paul Tillich, Bd. III An meine deutschen Freunde. Die politischen Reden Paul Tillichs während des zweiten Weltkrieges über die "Stimme Amerikas". Evangelisches Verlagswerk Stuttgart 1973.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 5586/76	Best. 25 3053
Rep.	Kat.

der Krim-Konferenz, sondern im Oktober 1945 nach der Potsdam-Konferenz, als Kommunisten und "parteilose" Mitglieder eine öffentliche Kritik dieser Beschlüsse durch den Council verhinderten. Der im obigen Zitat benutzte Ausdruck "einheitliche Institution" ist unzutreffend. Der Council war eine Koalition, keine Volksfront. Bis zum Ende des Krieges waren die Kommunisten erstaunlich kompromißbereit bei der Ausarbeitung der Vorschläge für Notmaßnahmen, einer Verfassung, der Wirtschaft, des Erziehungswesens und anderer Bereiche. Es mag sein, daß die Kommunisten von Anfang an vorhatten, den Council schließlich in einen "Antifaschistischen Block" umzuwandeln. Aber diese Absicht scheiterte.

Es ist auch eine Verkennung der damaligen Lage zu behaupten, daß die amerikanische Regierung den Council nicht ernst nahm. Schon seit 1942 waren die Alliierten fest entschlossen, noch nicht einmal mit einer deutschen Nicht-Naziregierung zu verhandeln.

Der Herausgeberin dieser Tillich-Reden fiel auch anscheinend nicht auf, daß die letzte Funkansprache Tillichs am 9. Mai 1944 gehalten wurde, also noch vor der Invasion der Alliierten in Frankreich. Im Mai 1944 trat aber der Council mit seiner ersten Erklärung an die Öffentlichkeit. Weitere Nachforschungen wären angezeigt, ob die Beendigung der Rundfunkstätigkeit Tillichs, wodurch er an der psychologischen Kriegführung der Alliierten teilnahm, und das ins Leben treten des Councils in einem Zusammenhang stehen. Tillich selbst hat sich nur wenig über seine führende Tätigkeit im Council ausgelassen. In einem kurzen biographischen Abriss<sup>3</sup> hat er sie wie folgt heruntergespielt:

"Ein dritter Kontakt mit der alten Welt erwuchs mir durch meine Verbindung mit dem Council for a Democratic Germany. Lange bevor die Ost-West-Spaltung zur weltbewegenden Wirklichkeit geworden war, war sie mit ihren tragischen Folgen schon spürbar."

3 Paul Tillich: Begegnungen, Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart 1971, Ges. Werke Bd. XII.

In zwei langen Briefen<sup>4</sup> an mich hat Tillich im Spätsommer 1945 erklärt, daß ein Protest gegen die Potsdamer Beschlüsse durch den Council notwendig sei. Er verfaßte auch einen dementsprechenden Entschließungsentwurf<sup>5</sup>. Die Kommunisten verzögerten und verhinderten schließlich die Veröffentlichung einer Kritik der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945. Ich erklärte daraufhin meinen Austritt. Viele andere erklärten sich damit solidarisch. Dies bedeutete das Ende des Councils.

Neben dem Council, in dem deutsche Emigranten vertreten waren, bestand aber auch die American Association for a Democratic Germany. Sie war von gebürtigen Amerikanern gegründet, unter ihnen befanden sich bekannte protestantische Theologen wie Reinhold Niebuhr, die damals prominente Journalistin Dorothy Thompson und viele andere. Die Sekretärin dieser Organisation war die Amerikanerin Anna Caples, ihr Mann, der auch von Paetel erwähnte Paul Hagen, war Leiter der Forschung, eine Tochter aus erster Ehe, Vera Franke, wurde als Assistentin aufgeführt. Die "Association" nutzte die Methoden der amerikanischen Öffentlichkeitsarbeit voll aus. Sie veranstaltete zahlreiche Essen, gefolgt von bekannten Rednern, durch die eine Finanzierung der laufenden Ausgaben gewährleistet wurde. Diese amerikanische Vereinigung bestand noch lange weiter, als der Council schon längst sich aufgelöst hatte. Sekretärin des Council war Frau Elisabeth Hauptmann, die schon in den zwanziger Jahren mit Berthold Brecht zusammengearbeitet hatte.

---

4 Siehe Anhang I.  
 5 Siehe Anhang II.

Die Äußerungen von Tillich, Paetel und Karin-Schäfer-Kretzler sind aus einer Retrospektive geschrieben. Es ist daher wichtig, den Versuch zu machen, den Council so darzustellen, wie er den vielen Teilnehmern in der Zeit seines Bestehens selbst erschien.

#### Der Council war keine Exilregierung

Der Council faßte sich zu keinem Zeitpunkt als Exilregierung auf. Dies wurde schon klar in seiner ersten Erklärung im Mai 1944 zum Ausdruck gebracht. Ich selbst wurde damals gebeten, bei einer Pressekonferenz im Hotel Roosevelt, New York, als Sprecher des Councils zu wirken. Einer der Journalisten fragte, ob diese Gruppe etwa eine Exilregierung sei. Ich verneinte dies ausdrücklich.

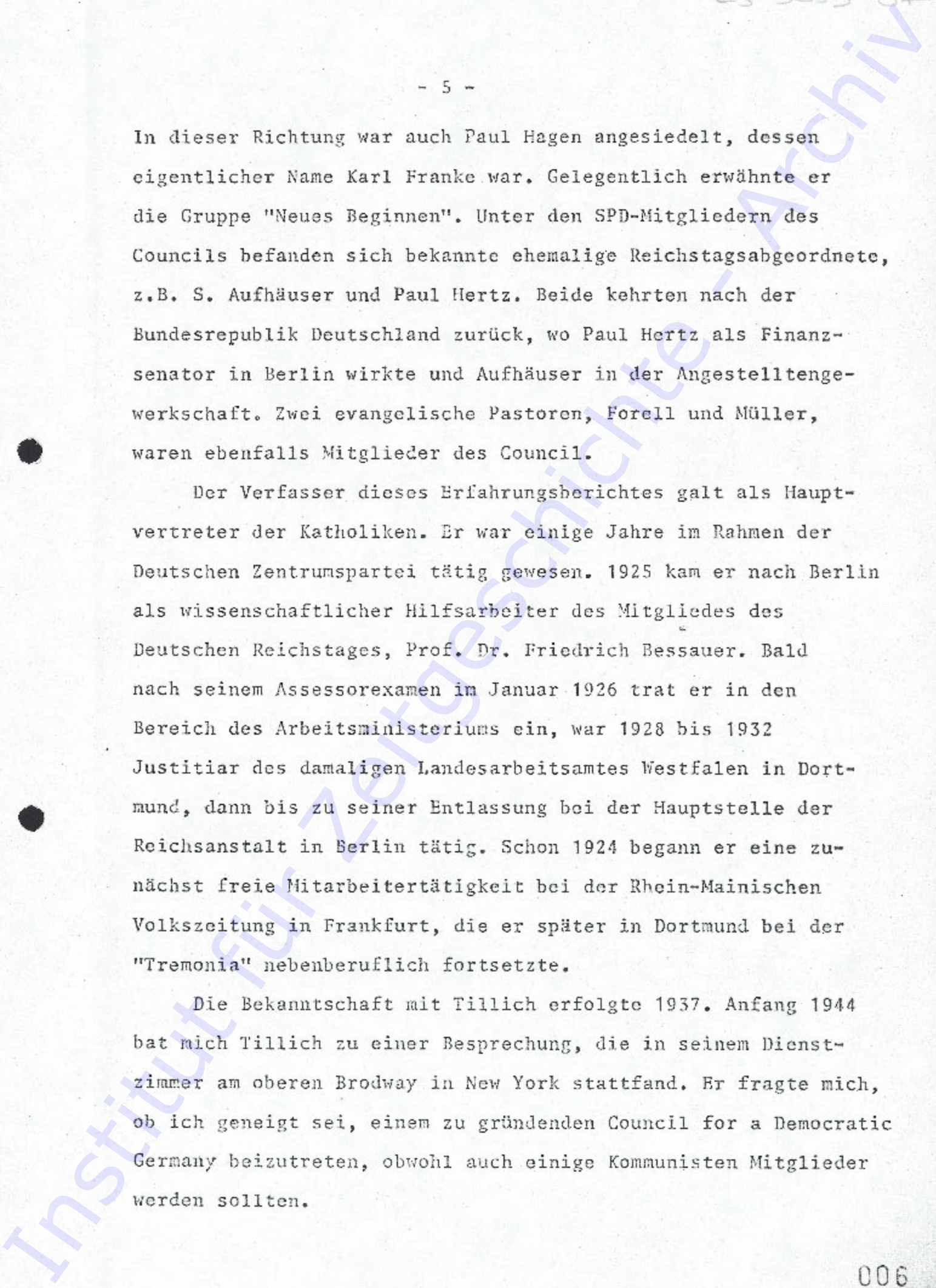
Der Council umfaßte Mitglieder, die etwa von der ehemaligen Deutschen Volkspartei über Sozialdemokraten hinaus bis zu Kommunisten und ihren "parteilosen Mitläufern" politisch verankert waren. Unter den Kommunisten befand sich Herr Albert Norden, der später in der DDR in die Führungsgremien aufstieg. Der Sprecher der Kommunisten im Council war jedoch ein Herr Albert H. Schreiner ("Kriegsminister" in Württemberg 1918). Daß Gerhard Eisler, der auch später in der DDR weithin sichtbar tätig war, der Vorgesetzte dieser im Council tätigen Kommunisten war, blieb nicht unbekannt. Der oberste offizielle Kommunist war Herr Paul Merker<sup>6</sup>, der in der Stadt Mexiko tätig war. Links von der SPD war Herr Jakob Walcher, der die Splittergruppe "Sozialistische Arbeiterpartei" (SAP) vertrat.

6 Siehe Wolfgang Kiessling: Alemania Libre in Mexico, Akademie Verlag (Ost) Berlin 1975.

In dieser Richtung war auch Paul Hagen angesiedelt, dessen eigentlicher Name Karl Franke war. Gelegentlich erwähnte er die Gruppe "Neues Beginnen". Unter den SPD-Mitgliedern des Councils befanden sich bekannte ehemalige Reichstagsabgeordnete, z.B. S. Aufhäuser und Paul Hertz. Beide kehrten nach der Bundesrepublik Deutschland zurück, wo Paul Hertz als Finanzsenator in Berlin wirkte und Aufhäuser in der Angestelltengewerkschaft. Zwei evangelische Pastoren, Forell und Müller, waren ebenfalls Mitglieder des Council.

Der Verfasser dieses Erfahrungsberichtes galt als Hauptvertreter der Katholiken. Er war einige Jahre im Rahmen der Deutschen Zentrumspartei tätig gewesen. 1925 kam er nach Berlin als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter des Mitgliedes des Deutschen Reichstages, Prof. Dr. Friedrich Bessauer. Bald nach seinem Assessorexamen im Januar 1926 trat er in den Bereich des Arbeitsministeriums ein, war 1928 bis 1932 Justitiar des damaligen Landesarbeitsamtes Westfalen in Dortmund, dann bis zu seiner Entlassung bei der Hauptstelle der Reichsanstalt in Berlin tätig. Schon 1924 begann er eine zunächst freie Mitarbeitertätigkeit bei der Rhein-Mainischen Volkszeitung in Frankfurt, die er später in Dortmund bei der "Tremonia" nebenberuflich fortsetzte.

Die Bekanntschaft mit Tillich erfolgte 1937. Anfang 1944 bat mich Tillich zu einer Besprechung, die in seinem Dienstzimmer am oberen Brodway in New York stattfand. Er fragte mich, ob ich geneigt sei, einem zu gründenden Council for a Democratic Germany beizutreten, obwohl auch einige Kommunisten Mitglieder werden sollten.



Ich sagte aus folgenden Gründen zu: Damals machte das von Moskau vorgeschobene "Nationalkomitee Freies Deutschland" viel von sich reden. Es galt, dem im Westen etwas entgegenzustellen. Hierzu war die Anwesenheit von einigen Kommunisten in dem zu errichtenden Council notwendig. Diese schien mir auch erforderlich, um durch engeren Kontakt festzustellen, welche Pläne die Kommunisten für ein Deutschland nach dem Ende des NS-Regimes hatten.

In New York war ich von 1935 bis 1970 an der von Jesuiten geleiteten Fordham-University als Professor für Sozialwissenschaften tätig. Bald sah ich mich veranlaßt, gegen die falschen Argumente der amerikanischen Isolationisten anzukämpfen. Sie waren, angefangen beim Präsidenten, bei Fakultät und Studenten in Fordham stark vertreten. Es spricht für das Demokratieverständnis der Amerikaner, daß ich meine anderen Ansichten frei vertreten konnte. Seit 1940 kämpfte ich durch viele Publikationen zunächst gegen den Isolationismus, später gegen das verzeichnete Feindbild der Deutschen in weitverbreiteten Wochenschriften, wie America, Commonweal sowie in der Vierteljahrsschrift "Thought" an.

Meine Absicht, in den Council einzutreten, besprach ich mit dem Dekan der Fakultät und mit P. John La Fargue S.J., damals an "America" tätig. Beide Herren zeigten volles Verständnis. Allerdings wies P. La Fargue darauf hin, daß der Name Paul Tillich auf dem Titelblatt der Monatsschrift "The Protestant" zu finden sei, einer Veröffentlichung, mit der anscheinend Kommunisten evangelische Gruppen zu unterlaufen suchten. Ich machte meinen Eintritt in den Council davon abhängig, daß Tillichs Name aus dem Kopf der Zeitschrift entfernt werde. Tillich entsprach diesem Ersuchen. Schon hieraus ergibt sich, wie sehr es Tillich darum zu tun war, mich zu gewinnen, um den



Koalitionscharakter des Councils sicherzustellen. Um noch klarer das damalige Verständnis des Councils hervorzuheben, soll noch ein Zwischenfall erwähnt werden. Professor Dietrich von Hildebrand, der bekannte katholische Philosoph, war auch an die Fordham Universität gekommen. Er schrieb mir einen Brief, in dem er mich in starken Worten vor einer Zusammenarbeit mit Kommunisten warnte. Auch ein mir persönlich unbekannter ehemaliger Studienrat aus Berlin, Bonte, schrieb mich in diesem Sinne an. Ich versicherte Hildebrand, daß ich genügend politische Erfahrung besäße, um selbst die Risiken einzuschätzen, die in einer engeren Zusammenarbeit mit Kommunisten vorhanden waren. Ich brachte dann einige Katholiken in den Council, z.B. Prof. Alfons Nehring, damals an der Fordham Universität, später wieder Professor und zeitweise Rektor der Universität Würzburg. Wie schon anfangs erwähnt, blieb ich nur so lange im Council, als er nicht der typische "antifaschistische", von Kommunisten geleitete Block war, zu dem ihn Kommunisten im Herbst 1945 erfolglos umzufunktionieren versuchten. Die Folge dieser Bestrebungen war lediglich das Aufhören der Tätigkeit des Councils.

#### Das Feindbild Deutschlands in den USA nach 1941

Präsident Roosevelt war darauf bedacht, die Fehler zu vermeiden, die Präsident Woodrow Wilson während und nach dem ersten Weltkrieg in der amerikanischen Innenpolitik begangen hatte. So stellte er eine Koalitionsregierung zusammen, in der solche prominente Republikaner wie Stimson, der schon unter Hoover Kriegsminister gewesen war, angehörten.

Vor dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbour am 6. Dezember 1941 war das amerikanische Volk in seiner Einstellung zum zweiten Weltkrieg tief gespalten. Im Wahlkampf 1940 hatte Roosevelt (wie später in einer ähnlichen Situation Johnson (1964) versprochen, keine "amerikanischen Boys" auf die Kriegsschauplätze zu schicken. Er wollte vor allen Dingen England nur durch Waffenlieferungen auf Grund der "Pacht- und Leihverträge" unterstützen. Nachdem Amerika in den Krieg eingetreten war, gelang es Roosevelt schließlich, einen Hauptvertreter der "Isolationisten", den angesehenen Senator Vandenberg, Michigan, von der Richtigkeit seiner Politik zu überzeugen und ihn zu einem Mitbefürworter des Eintritts der Vereinigten Staaten in einen neuen "Völkerbund", jetzt Vereinte Nationen genannt, zu bewegen. Um diese Politik der nationalen Einheit hieb- und stichfest zu machen, wurde fleißig an einem Feindbild der Deutschen gepinselt. In ihm wurde dargestellt, daß das NS-System die gleichsam logische Kulmination der preußisch-deutschen Geschichte (!) und seiner seit langem erkennbaren kollektiven Charaktereigenschaften des deutschen Volkes sei. Zum Feindbild gehörte auch die Behauptung, daß es weder in Deutschland noch außerhalb eine wirksame Opposition gegen Hitler gäbe oder gegeben habe. (Gleichzeitig mit der Herausbildung dieses verzeichneten Feindbildes wurde ein ebenso falsches Freundbild der UsSSR propagiert. Nach dem Krieg verfielen die Amerikaner dann bezüglich der Sowjetunion für lange Zeit in das andere Extrem).

Daß verfolgte Juden sich gegen Hitler gewandt hatten, wurde als selbstverständlich hingenommen, aber als politisch irrelevant behandelt. Andere Oppositionelle wurden in der

Denkregelungen der Kriegszeit in den Vereinigten Staaten entweder den Kommunisten zugeordnet oder als deutsche Nationalisten abgewertet. Es gab damals auch den Begriff der "verfrühten Opposition zum Faschismus (premature opposition fascism)". Dies galt als Ausschließungsgrund für die Beschäftigung in Verwaltungen der Besatzungsmächte. Allerdings waren Angehörige der amerikanischen Streitkräfte hiervon nicht betroffen.

Schon am 2. Dezember 1942 sagte der englische Außenminister Anthony Eden im Unterhaus, daß es "reiner Wahnsinn wäre, mit einer deutschen Nicht-Naziregierung zu verhandeln und sich sozusagen dem Glück anzuvertrauen". Auf der Casablanca-Konferenz (14.-21. Januar 1943) wurde diese Politik durch den Begriff der unbedingten Kapitulation, wie die Amerikaner sie verstehen, offiziell bekräftigt. (Die Amerikaner hatten im Jahre 1865 bei Beendigung ihres Bürgerkrieges zunächst auch die Verwaltung in den besiegten Südstaaten übernommen).

Im April 1943 veröffentlichte der amerikanische Journalist Kingsbury Smith im "American Mercury" einen ausführlichen Bericht über die Nachkriegspläne amerikanischer Behörden für Deutschland. Danach sollten Amerikaner nicht allein eine Militärverwaltung einrichten, sondern auch zivile Funktionen übernehmen, selbst wenn dies zum Auseinanderbrechen des Landes führen würde<sup>7</sup>.

---

<sup>7</sup> All dies zitiert und aufs schärfste kritisiert in meinem Aufsatz "Peace and Politics" Thought Fordham University Quarterly - Juni 1943. Englischer Wortlaut der Ausführungen Edens: "It would be sheer folly to let some non-Nazi German Government be set-up and then so to speak trust to luck". Selbstverständlich traf dies auch auf den Kreisauer Kreis zu. Gegen die SPD bestanden in den USA während des Krieges noch Bedenken wegen ihres angeblichen marxistischen Ursprungs. Ob diese Erwägungen bei der Überlassung der ursprünglich von den Amerikanern besetzten Gebiete West-Sachsen, der Provinz Sachsen und des Landes Thüringen an die Sowjetzone eine Rolle gespielt haben mögen, läßt sich wohl kaum beweisen. 010

Die Weigerung der Alliierten, mit deutschen Anti-Nazioppositionellen, gleichviel welcher Richtung, irgendetwas zu tun zu haben, muß bei der Beurteilung des New Yorker Council for a Democratic Germany berücksichtigt werden.

In seiner ersten Erklärung im Mai 1944 stellte der Council es darauf ab, daß die deutsche Frage, insbesondere die "Aggressivität des Militarismus", nur in einem großen welt-politischen Zusammenhang gelöst werden könne, in welchem die Westmächte des Ostens und des Westens ihre Zusammenarbeit zur Erhaltung des Friedens auch nach Beendigung der Feindseligkeiten fortsetzen würden. Hierbei wurde aber immer an ein ungeteiltes Deutschland gedacht. Der Council wandte sich auch gegen die Ansicht, daß es in Deutschland keine politische Opposition gegen das NS-System gäbe. Dabei wurde klargestellt, daß er kein offizielles Mandat habe. Die Funktion des Councils war, der Öffentlichkeit der westlichen Welt und den Regierungen zu zeigen, daß es deutsche politische Kräfte auf breitester Grundlage gäbe, welche die Fähigkeit besäßen, zumindest für eine Übergangszeit sich auf notwendige Maßnahmen zu einigen. Der Ansicht, die damals in den Vereinigten Staaten propagiert und dann nach der bedingungslosen Kapitulation verwirklicht wurde, daß es überhaupt keine deutsche Gesamtregierung geben sollte, widersprach er.

Der Council verstand sich nicht als eine Diskussionsgruppe, sondern als ein Aktionskreis. Eine Anzahl von Unterausschüssen wurde geschaffen für Verfassungs-, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Erziehungsfragen, die jeweils nach sorgfältiger Diskussion zu Formulierungen kamen. Gleichzeitig mit dem

Zusammenbruch des NS-Systems wurde im April 1945 ein Notstandsprogramm für Deutschland veröffentlicht, auf das sich alle Gruppen des Council geeinigt hatten<sup>8</sup>.

Die Ereignisse nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht zeigten bald, daß die schon 1942 und 1943 ausgearbeitete Besatzungspolitik genauso durchgeführt wurde, wie es schon frühzeitig angekündigt gewesen war. Schon vor Ende der Feindseligkeiten war im April 1945 eine Anordnung des amerikanischen Oberkommandos Joint Chief of Staff (JCS) ergangen, in der festgestellt wurde, daß die Deutschen als Besiegte zu behandeln seien, daß es den Soldaten verboten werde, sich mit Deutschen zu "verbrüdern" (non-fraternisation policy), während die Österreicher als befreite Nation gelten sollten. Die Politik, keine Regierung der ehemaligen deutschen Feindmacht zu dulden, wurde weder auf Japan, Italien oder Österreich angewandt.

Am 25. Mai 1945 hatte ich eine Besprechung mit Mr. J.W. Riddleberger, Chief of the Bureau of Central European Affairs, State Department, Washington D.C. Im Verlauf dieser Unterredung bemerkte ich kritisch, daß die Vereinigten Staaten sich anscheinend nur darum bemühten, im Westen für die Ausschaltung eines kommunistischen Einflusses zu sorgen. Er erklärte hierauf, daß "ganz Deutschland" für die USA zu groß sei und daß daher eine Verantwortlichkeit nur für die westlichen Gebiete übernommen werden könne.

---

<sup>8</sup> Veröffentlicht in Bulletin of the Council for a Democratic Germany, Vol. I Nr.5, New York.

### Die Potsdam-Konferenz und das Ende des Councils

Der Council setzte auch im Sommer 1945 seine Tätigkeit fort. Mit Anbruch der akademischen Ferien begab sich der Vorsitzende, Paul Tillich, in sein Landhaus im Osten von Long Island, ziemlich weit von New York entfernt. Er übertrug mir den Vorsitz während seiner langen Abwesenheit, wobei er erklärte, daß sein Aufenthalt auf dem Lande für ihn eine Existenzfrage sei<sup>9</sup>.

Am 2. August 1945 war die Potsdamer Konferenz zu Ende. Sie überließ West-Berlin den Alliierten, räumte den Franzosen ein Besatzungsgebiet in Südwestdeutschland ein und erweiterte die Sowjetzone weit nach Westen. Die deutschen Ostgebiete wurden zum größten Teil an Polen "zur Verwaltung" übergeben, während Königsberg und der nördliche Teil von Ostpreußen sofort der Sowjetunion endgültig zugesprochen wurden. Eine Teilung Deutschlands wurde damals nicht ausgesprochen, aber die Weichen für sie waren klar gestellt.

Es war mir als zeitweisem Vorsitzenden des Councils klar, daß eine gemeinsame Kritik- und Protesterklärung gegen die Potsdamer Beschlüsse abgefaßt werden mußte. Hierüber war ich mit Tillich in ständiger schriftlicher Verbindung. Tillich schrieb mir zwei ausführliche Briefe, die im Anhang I wiedergegeben sind. Ferner verfaßte er einen Entschließungsentwurf, der in Nr. 5 eine scharfe Kritik der Potsdamer Beschlüsse enthielt<sup>10</sup>.

---

9 Ob er zu diesem Zeitpunkt an seiner "Systematic Theology" arbeitete, ist mir unbekannt. Es sei aber erwähnt, daß Tillich vor allem in den fünfziger Jahren als der größte amerikanische protestantische Theologe gefeiert wurde.

10 Siehe Anlage II.

Die kommunistischen Mitglieder begannen nun mit Verzögerungstaktiken. Schließlich lud ich den kommunistischen Sprecher, Schreiner, zu einer Aussprache unter vier Augen ein. Sie fand in meiner Wohnung nach dem 21. August, aber vor dem 29. August 1945 statt. Hierbei ließ ich keinen Zweifel darüber, daß eine Unfähigkeit des Councils, zu einer Beschlußfassung über einen Protest gegen Potsdam zu kommen, zu meinem Austritt und damit zum Zusammenbruch der bisher bestandenen Koalition führen müsse. Herr Schreiner antwortete dazu, daß ein solcher Schritt eine "politische Atombombe" sein würde, und bat mich dringend, hiervon abzusehen. Ich erklärte auch Herrn Schreiner ganz offen, daß ich die kommunistische Taktik durchschaue, die darauf hinausliefe, zu einem passenden Zeitpunkt die Einheit Deutschlands vom Osten aus wieder herzustellen. Dem aber widersetzte ich mich genauso wie dem Versuch, meine Redefreiheit in den USA mit dem Hinweis einzuschränken, daß, wie er es ausgedrückt habe, eine Kritik Potsdams auch eine Kritik der Sowjetunion sei.

Schon am 21. August 1945 hatte ich wie folgt an Herrn Tillich geschrieben:

"Ich möchte gar keinen Zweifel bei Ihnen darüber lassen, daß, wenn nicht in angemessener Zeit, d.h. spätestens in der Woche nach dem Labor Day, der Council sich dann aufrafft, in klarer, ruhiger, aber unverklausulierter Form zu den Potsdamer Beschlüssen das zu sagen, was politische Verantwortung, Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe erfordern, ich nicht in der Lage sein werde, die Leitung des Councils als Ihr Stellvertreter weiterzuführen. Ich habe großes Verständnis für Koalition und Taktik, aber es gibt Augenblicke, in denen man unbeirrt auf das wesentliche gehen muß, wenn man seine Aufgabe erfüllen will. Und dies ist ein solcher Augenblick."

Schließlich fand sich Tillich bereit, einer Sitzung beizuwohnen, setzte sie aber erst auf den 20. September 1945 fest. Seine weiteren Äußerungen zu dieser Sitzung ergeben sich aus Anlage III.

25-3053-16  
Archiv

Entgegen meiner sonstigen Praxis las ich auf dieser Sitzung eine von mir vorher ausgearbeitete kritische Erklärung vor, um eine Dokumentation zu haben über das, was ich tatsächlich gesagt hatte. Es zeigte sich aber, daß eine gemeinsame Erklärung des Councils zu den Potsdamer Beschlüssen nicht mehr zustande kommen würde. Eine letzte Sitzung fand am 15. Oktober 1945 statt. Die Kommunisten und ihre parteilosen Mitläufer verharrten auf ihrem Standpunkt.

Hermann Budislawski, Herausgeber der Exil-Zeitschrift "Neue Weltbühne" und dann Sekretär der bekannten amerikanischen Journalistin Dorothy Thomsen, sagte mir, daß für Leute mit meiner Einstellung kein Platz im neuen Deutschland sei. (Er wurde später Professor für Zeitungswissenschaften an der Universität Leipzig). Dies konnte ich gelassen hinnehmen, nicht aber die Tatsache, daß Tillich den in seinem Entschliessungsentwurf enthaltenen Protest gegen Potsdam gar nicht mehr erwähnte, sondern nur davon sprach, daß der Council jetzt neue Ziele und Aufgaben für sich festlegen müßte. Ich erklärte darauf mündlich meinen Austritt, den ich am nächsten Tage schriftlich bestätigte. Die anderen "bürgerlichen" Mitglieder des Councils schlossen sich dem an. Der Council hatte damit aufgehört, zu bestehen.

In meiner schriftlichen Bestätigung des am 15. Oktober 1945 erklärten Austritts aus dem Council (sie war in englischer Sprache abgefaßt, weil sie auf meiner Universität diktiert wurde) sagte ich am Schluß, daß ich meine Tätigkeit im Council nicht bedauere, aber daß die Umstände sich jetzt völlig verändert hätten, insbesondere auch, weil es anscheinend den Kommunisten gelungen sei, die Aktionen der Gruppe zu blockieren.



Eine Mitgliedschaft in einer solchen Gruppe kam für mich selbstverständlich nicht in Frage.

Der Verlauf der Nachkriegsgeschichte ist den Weichenstellungen über Deutschlands Ostgrenzen, die schon im Jahre 1944 bekannt geworden waren, gefolgt. Schon im August 1944 hatte Stalin einer polnischen Abordnung, die gegen die Überlassung der östlichen Teile Polens an die Sowjetunion protestierte, gesagt, daß Polen als Ersatz Breslau und Stettin erhalten würde. Dies war in der "New York Times" im August 1944 mit vielen Einzelheiten berichtet worden<sup>11</sup>. Auch im Unterhaus war erklärt worden, daß Polen Hunderte von Kilometern der Ostseeküste zugedacht seien.

Die Entscheidungen über die deutschen Ostgrenzen sind weder durch die Ostverträge noch durch die Helsinki-Konferenz geändert worden. Insofern handelt es sich bei der Ostpolitik der Bundesregierung seit den sechziger Jahren um einen schmerzhaften Nachvollzug.

Die im Council angedeutete Alternative zu all dem ist niemals zum Zuge gekommen, konnte dies auch nicht, weil die Alliierten den Gedanken einer Nicht-Naziregierung zurückwiesen.

---

11 Am 21. August 1945 schrieb ich an den kommunistischen Sprecher Schreiner:  
"Genau vor einem Jahr habe ich dringend gebeten, gegen die Ostgrenze, wie sie jetzt provisorisch festgesetzt ist, öffentlich Bedenken zu erheben. Ich bin damals damit nicht durchgedrungen, weil von Ihrer Seite der Standpunkt vertreten wurde, daß die damals in allen Einzelheiten geschilderte Grenzlinie lediglich das Produkt politischer Giftmischer sei, die Uneinigkeit zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion stiften wollten."

East Hampton, Post Box 888

L.J. N.Y.

Lieber Herr Bärwald!

Besten Dank für Ihren Brief und Entwurf. Leider ist es mir aus den gleichen Gründen, die ich das letzte Mal an Bornheim schrieb, unmöglich, vor Ende September zu kommen. Es ist dieses Mal eine Frage "of to be or not to be" für mich, daß ich weiter arbeite, nicht aber für den Kouncil, daß ich dabei bin.

Wie ich höre, hat sich die Absendung des Briefes an die Berliner Herren durch Bedenken der Hagen-Gruppe verzögert. Es scheinen die gleichen Bedenken zu sein, die ich in meinem ersten Brief geäußert habe, die mich aber nicht gehindert haben, dem einstimmig gefaßten Beschluß nachträglich zuzustimmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen ließen, was daraus geworden ist. Ich würde sehr dafür sein, daß wir sobald als möglich auch mit anderen Gruppen, z.B. in Frankfurt, Hamburg, Köln in Verbindung treten.

Und nun Ihr Entwurf: Ich bin der Meinung, daß wenn wir jetzt nichts sagen, nachdem sogar Churchill in halber Selbstdesavouierung deutlich geredet hat, wir uns nicht nur lächerlich, sondern auch verächtlich machen. Ich habe in Briefen an Bornheim und Aufhäuser - unter dem Strich - bewirkt, daß ich Potsdam für das Ende Deutschlands als "Reich" halte. Nun weiß ich, daß nichts in der Geschichte endgültig ist, und würde es darum nicht für sinnlos halten, wenn wir mit einem kräftigen Statement unseren Gedanken Ausdruck geben. (Die Alternative wäre Auflösung).

Die Gründe für meine Auffassung sind zum Teil in Ihrem Entwurf deutlich gemacht. (Ich wurde in ihr sehr befestigt, als mir

gestern ein Emigrant, der viel mit der Amerikanischen Regierung gearbeitet hat und dem angeboten war, als adviser im Control Council für Deutschland zu arbeiten, es abgelehnt hat, "weil er nicht an der Liquidierung Deutschlands beteiligt sein solle.") Es fehlen aber noch einige Punkte: Die Evakuierung der 10 Millionen, auf die Churchill Bezug genommen hat, und die sich in trostlosem Elend im übrigen Deutschland, meistens in der Russischen Zone, befinden; die radikale Annahme des Morgenthauplans, der sich als höchst lebendig erwiesen hat; der Gedanke, der in der Potsdamer Deklaration ausgesprochen ist, daß irgend einmal eine deutsche demokratische Regierung diesen Selbstliquidierungsfrieden unterschreiben soll. Wenn wir vom deutschen Standpunkt schreiben sollen, so müssen wir das alles sagen. Wir haben es nicht nötig, an irgend einem Punkt hinter Churchill zurückzubleiben. Und die Association muß es gleichfalls sagen.

Die einzige Frage, die ich stellen würde, ist die: Hat es, welthistorisch gesehen, noch einen Sinn, vom Standpunkt Deutschlands aus zu sprechen? (Sicherlich kann man humanitär für 50 Millionen Deutsche und ihr Lebensminimum reden, aber das ist kein politisches Reden). Das Vordringen der Slaven bis zur Oder hat die 1000jährige Geschichte der deutschen Ostsiedlung rückgängig gemacht, die Reagrarisierung hat die deutsche Arbeiterschaft in ihrer wirtschaftlichen und politischen Existenz unterminiert. Der deutsche Protestantismus ist mit all den kulturellen Kräften, die er produziert hat - übertroffen höchstens durch Württemberg - ausgerottet. Im Westen aber hat sich die angelsächsische Weltherrschaft auf lange Zeit hinaus unangreifbar etabliert. Vom Zeitalter einer neuen Demokratie zu reden ist selbst "with the tongue in the check" unmöglich. Verstehen wir

unter Demokratie was die Russen darunter verstehen, so hört sie mit den Grenzen der russischen Besetzung auf. Verstehen wir unter Demokratie, was die Amerikaner darunter verstehen, so ist es die Herrschaft der Verwalter der Atombombe und ihrer Nachfolger, zur Aufrechterhaltung des Monopolkapitalismus. Die Franzosen haben das begriffen, wie es ihre Reaktion auf die Atombombe zeigt. Wir sollten uns auch klar über die Welt sein, wie sie seit Juli 1945 aussieht, und die fast nichts mehr mit der Welt zu tun hat, in die wir geboren sind.

Ich habe in Ihrem Text einiges Stilistische angestrichen, einige Wünsche, etwas hinzuzufügen ausgedrückt und mich gegen die Ideologie des "Zeitalters einer neuen Demokratie" gewendet. Die grundsätzlichen Ausführungen dieses Briefes sollen nicht von einer Erklärung zurückhalten. Man kann das moralisch Richtige auch sagen, wenn es politisch nicht mehr aktuell ist. Aber ich wollte, daß die Mitglieder des Kounzils wissen, was ihr Chairman a) über Potsdam, b) über die weltgeschichtliche Situation denkt. Darum bitte ich Sie, dieses vorzulesen.

Mit herzlichem Gruß Ihnen und den übrigen Mitgliedern

Ihr  
gez. P. Tillich

Sunday

East Hampton, L.J. N.Y.  
Postbox 888

Lieber Herr Bärwald!

"O mein prophetisches Gemüt", sagt Hamlet - und ich mit ihm. Kaum hatte ich den Brief an Sie eingesteckt, als ich daran dachte, daß der Satz über die "Unvorbereitetheit" nicht klar in der Beziehung war, in der ich ihn allein meinte, nämlich in Bezug auf die Debatten über die Zukunft des Councils an sich. Ich wußte genau, daß die Potsdamer Erklärung genügend durchdebattiert war; und wie ich höre, haben Sie inzwischen auch mit Aufhäuser gesprochen, und - wie mir Hagen weiter sagte, kann Budzislowski nicht vor Oktober erwartet werden. Nachdem Sie mir nun auch - bevor Ihr Brief kam - im Traume leise vorwurfsvoll erschienen sind, fühle ich mich sehr beunruhigt über den Gedanken, Ihnen den Eindruck einer Kritik meinerseits erweckt zu haben. Davon war natürlich keine Rede. Ich hatte nur einen sachlichen und einen persönlichen Grund: Den sachlichen, daß wir, nachdem im Juni eine allgemeine Auflösungstendenz fühlbar war und wir darüber im September uns klar werden sollten, dies nun im Zusammenhang mit Potsdam debattiert werden sollte; und einen persönlichen, daß am Sonnabend alle diese Probleme aufgetaucht wären, und ich in einem Zustand des Councils, der meine Anwesenheit unbedingt erfordert hätte, wieder hätte zurückfahren müssen. Vielleicht ist das eine Selbstüberschätzung, aber ich weiß, daß man mich für den am meisten "Neutralen" hält und es mir darum vielleicht möglich gewesen wäre, eine schädliche Katastrophe zu verhindern. Jedenfalls fühlte ich die Pflicht, in einer akuten Krise da zu sein. Und das ist vor dem 20-ten nicht möglich.

Ich glaube, daß wir über die Chairman-ship in den 1 1/2 Wochen, die noch zu decken sind, nicht viel zu sagen brauchen. Ich wäre Ihnen natürlich dankbar, wenn Sie es bis zum 20-ten weiter führten, wenigstens dem Büro gegenüber, im Falle eiliger Unterschriften. Wenn nicht, müßte das Büro Unaufschiebbares an mich schicken. Ich bitte Sie nur, daß sie es so oder so im Büro veranlassen.

Die Einladung zum 20-ten bis 22-ten will ich von hier machen. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Fragen "Erklärung" und "unmittelbare Zukunft des Councils" zusammengehören. Ich glaube, daß jede Anti-Potsdam-Erklärung, die für mich genau so "conditio sine qua non" ist wie für Sie, mehr Gewicht hat, wenn sie im Rahmen einer Erklärung über die Absichten des Councils erscheint. Jedermann fragt sich, ob wir uns nun auflösen. Wenn ja, müssen wir kräftig sagen, warum, wenn nein, ebenfalls. Ich bitte darum nur, daß wir in den Referaten, die wir in der ersten Sitzung geben müssen, zwei Punkte erscheinen, die Kritik an Potsdam und die nächste Zukunft des Councils. Und da dieser zweite Punkt von möglichst vielen Seiten beleuchtet werden muß, weil ich außer Schreiner und Sie, noch Hagen, Aufhäuser und Hausmann bitten, kurz ihre Meinung zu sagen. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Auffassung einverstanden sind. Sachlich differieren wir beide wohl nur darin, daß ich skeptischer über die Fortführung des Councils in der gegenwärtigen Form bin als Sie. Aber ich bin überzeugbar, und möchte einfach die Argumente hören und die Stimmung fühlen.

Ich bin darum auch nicht dafür, daß am Donnerstag schon abgestimmt wird (falls über den Council gesprochen wird, sonst natürlich), daß am Sonnabend Nachmittag der Ausschuß die

Erklärung berät, und am Sonnabend Abend darüber abgestimmt wird.

Zu meinem Brief nur noch eins: Ich hatte durchaus mit der Ablehnung meines Vertagungsantrags gerechnet und mit Furcht und Zittern darauf gewartet. Er war ja nur als Bitte, nicht als Forderung gemeint.

Sehr herzlich

Ihr

gez. P. Tillich

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Council for a Democratic Germany  
8 East 41st Street  
New York 17, NY

Entwurf einer Erklärung von Professor Tillich für die Mitglieder  
des Geschäftsführenden Ausschusses

Nach der Beendigung des Krieges an beiden Fronten, nach der Potsdamer Konferenz der großen Mächte und den Anfängen der gemeinsamen Verwaltung Deutschlands durch die Alliierten hat der "Council for a Democratic Germany" in New York zu der neuen Situation Stellung genommen und ist zu folgender Auffassung über seine künftigen Aufgaben und die Voraussetzungen ihrer Durchführung gekommen:

1.) Der Council steht nach wie vor zu den Prinzipien, auf die er laut seiner Erklärung vom Mai 1944 gegründet ist. Er betont aufs neue seine Überzeugung, daß die Zusammenarbeit zwischen den Westmächten und der Sowjetunion die einzige Garantie des Weltfriedens und des Wiederaufbaus Auropas und Deutschlands bietet. Er hat mit Genugtuung festgestellt, daß sein Prinzip der Koalition aller antifaschistischen Richtungen nicht nur für die meisten europäischen Nationen, sondern auch für die Anfänge selbständiger politischer Gruppierungen innerhalb Deutschlands maßgebend geworden ist.

2.) Wir wissen, daß das Schicksal, das Deutschland getroffen hat, die Folge seiner Unwilligkeit und - trotz heroischer Versuche einzelner Gruppen - Unfähigkeit ist, eine der verbrecherischsten und unheilvollsten Tyranneien aller Zeiten von sich abzuschütteln. Das Elend, unter dem zur Zeit Millionen Deutsche leiden, ist begründet in dem Elend, das die Deutschen vorher



über andere Völker gebracht haben. Kein Deutscher sollte die Gerechtigkeit dieses Geschehens in Zweifel ziehen.

3.) Es ist unsere Hoffnung, daß es möglich sein wird, ein lebensfähiges demokratisches Deutschland in die Kulturgemeinschaft der europäischen Völker und in die Zusammenarbeit der Menschheit als Ganzes zurückzuführen. Dabei mitzuhelfen ist das ursprüngliche und gegenwärtige Ziel des Councils. Die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, daß dieses Ziel nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern ebenso sehr im Interesse des europäischen Wiederaufbaus und der Organisation der Welt liegt. Die Erreichung dieses Zieles muß das letzte Kriterium aller Maßnahmen gegenüber Deutschland sein.

4.) Der "Council for a Democratic Germany" findet in den Potsdamer Beschlüssen und ihrer Durchführung Punkte, die von Kriterium aus zu begrüßen sind. Er denkt dabei an die Ermutigung politischer Arbeit deutscher antifaschistischer Gruppen, an die Vorbereitung lokaler demokratischer Wahlen, an die Wiederherstellung der Gewerkschaften, an die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und an die Einrichtung zentraler Verwaltungsstellen jenseits der Zoneneinteilung. Er denkt ferner an die Fortschritte in der Denazifizierung Deutschlands, an den Beginn der Prozesse gegen die Kriegsverbrecher und die weite Fassung dieses Begriffs, an die Aufhebung des Fraternalisierungsverbotes und die Wiedereröffnung der Schulen und vieler kultureller Institute.

5.) Wir sind, auf der anderen Seite, mit einem großen Teil der öffentlichen Meinungen in den alliierten Ländern darüber einig, daß die Potsdamer Beschlüsse und der gegenwärtige

Zustand des deutschen Volkes die Schaffung eines lebensfähigen, demokratischen Deutschlands nahezu unmöglich machen. Das gilt in erster Linie von den wirtschaftlichen Entscheidungen, die Deutschland fast eines Drittels seiner landwirtschaftlichen Basis berauben, den unzerstörten Rest seiner Industrie teils aus Deutschland entfernen, teils lahmlegen, teils an private Interessenten in alliierten Ländern übergeben, und zugleich dem um ein Viertel seines Gebietes geschmälernten Deutschland über 10 Millionen neuer Bewohner zuführen. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen gehen weit über eine Herabdrückung des deutschen Lebensniveaus bis zum äußersten Minimum hinaus. Sie bedeuten entweder das Aussterben von erheblichen Teilen des deutschen Volkes oder die Notwendigkeit seiner Ernährung von außen auf unbegrenzte Zeit, beides im Widerspruch zu der Schaffung eines lebensfähigen, demokratischen Deutschlands. Im Widerspruch zu der Entwicklung eines demokratischen Geistes in Deutschland stehen ferner die Methoden der Evakuierung, der Deportation und der Zwangsarbeit, sowie die unklare und oft sehr wohlwollende Stellungnahme der Besatzungsbehörden zu früheren Nazis und ihren politischen Verbündeten. Der Council hofft, daß die sachlichen Notwendigkeiten zu einer Abänderung mancher der genannten Beschlüsse und Maßnahmen führen wird - wozu sie zum Teil schon geführt haben.

6.) Auf Grund dieser Überzeugung ist der Council entschlossen, seine Arbeit im Sinne der genannten Prinzipien fortzusetzen. Er sieht seine Aufgabe in einer doppelten Richtung:

Er bemüht sich um eine enge, möglichst auch persönliche Verbindung mit denjenigen Gruppen in Deutschland, die eine Koalition aller antifaschistischen Kräfte darstellen, um sie

über die Vorgänge und Stimmungen in der westlichen Hemisphäre zu orientieren, und ihnen, wo es möglich ist, ideelle und materielle Hilfe zukommen zu lassen. Der Council versucht gleichzeitig, Informationen, die er aus Deutschland sowie den übrigen Ländern, über die deutsche Situation erhält, zu sammeln und der amerikanischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Er will eine Brücke sein zwischen denjenigen Kreisen in Amerika, die dem Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands sympathisch gegenüberstehen, und den Kräften, die diesen Aufbau in Deutschland selbst tragen.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Council for a Democratic Germany  
-----

Mitteilung Dr. Tillichs  
an alle Mitglieder vom 10. September 1945

An a l l e Mitglieder:

Nachdem die Sitzung, die für den 8. September angesetzt war, auf meine Bitte hin verschoben ist, bitte ich alle Mitglieder, Donnerstag, den 20. und Sonnabend, den 22. September abends für Vollsitzungen zu reservieren, und ich bitte die Mitglieder des Verwaltungsausschusses außerdem, sich den Sonnabend Nachmittag freizuhalten.

Der Grund meiner Bitte um Verschiebung war, daß ich die Entscheidung über unsere Stellungnahme zu Potsdam und die entsprechende Erklärung im Zusammenhang mit einer Entscheidung und Erklärung über die Situation des Councils vornehmen möchte. Ich bitte darum, daß sich bis zur Sitzung am 20. (Donnerstag) die Mitglieder über beide Punkte besprechen und daß in der Sitzung die Herren Aufhäuser, Baerwald, Hagen, Haussmann, Schreiner ihre Auffassung in Referaten von je 10-15 Minuten vortragen. Auf Grund dieser Debatte würde ich dann eine Erklärung formulieren, die am Sonnabend dem Ausschuß und Council zur Beratung und Annahme vorgelegt würde. Sollten wir schon am Donnerstag zu einem formulierten Beschluß kommen, so würden die Sonnabendsitzungen für andere Arbeit gebraucht werden können. Mitteilungen über Ort und Zeit werden den Mitgliedern noch zugehen.

Die drei Möglichkeiten, die in den Referaten über die Lage des Councils debattiert werden müßten, sind:

- a) Weiterarbeit auf der gegenwärtigen Basis (mit welchen Aufgaben)
- b) Auflösung (mit einer starken Erklärung der Gründe)
- c) Weiterarbeit auf einer breiteren Grundlage (mit neuen Aufgaben)

In allen drei Fällen muß unsere Stellung zu Potsdam der Ausgangspunkt sein.

gez. Tillich

Institut für Zeitgeschichte Archiv